

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeits- u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt - Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. - Postkontokonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. - Telefon 3290.

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. - Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. - Telefon 720.

Nr. 167

Dienstag, den 20. Juli 1920

11. Jahrgang

Soldaus Arbeiterschaft fordert Volksabstimmung in Pommerellen.

Polen und Deutschland.

Hans Borst, der bekannte Auslandsreisende des „Berliner Tageblatts“ befindet sich gegenwärtig auf einer Informationsreise in Polen. Von dort schreibt er, nach Rücksprache mit führenden polnischen Staatsmännern, über Polens Stellung zu Deutschland folgendes:

Polen führt gegenwärtig Krieg gegen Rußland. Die russische Herrschaft hat kulturell und wirtschaftlich schwer auf Kongreßpolen gelastet, — und dennoch habe ich den Eindruck davon getragen, als wenn selbst in den ehemals russischen Gebieten Polens der Gegensatz zu Deutschland noch schärfer empfunden würde als der zu Rußland. Die Erklärung für diese Erscheinung ist wohl vor allem darin zu suchen, daß Rußland in noch weit höherem Grade geschwächt und zerrütet ist als Deutschland. Deutschland hält man in Polen nach wie vor für stark, seine wirtschaftlichen Leistungen werden in polnischen Zeitungen fortgesetzt in übertriebenem Maße geschildert, kurz, man fürchtet Deutschland, während man trotz des gemiß nicht leichten Kampfes gegen die Rote Armee in dem Glauben lebt, mit Rußland eher fertig werden zu können.

Es kommt hinzu, daß die Verzögerung der Volksabstimmungen und die gespannte Situation in den Abstimmungsgebieten der polnischen Presse täglich Anlaß zu einer maßlosen Hege gegen Deutschland geboten haben, einer Hege, die nur auf allzu fruchtbaren Boden fiel. Vor meiner Abreise nach Polen sind mir gegenüber in Berlin von polnischer Seite Klagen über unzutreffende oder illogische Berichterstattung deutscher Zeitungen über polnische Dinge zur Sprache gebracht worden. Jetzt, wo ich in der Lage bin, einen Vergleich zu ziehen, muß ich feststellen, daß, was damals erwähnt wurde, recht harmlos ist gegen das, was die polnischen Zeitungen leisten. Man muß in Betracht ziehen, daß die Berichte über die Unzutrefflichkeiten, Reibungen und Zusammenstöße in den Abstimmungsgebieten in der polnischen Presse einen weit größeren Raum einnehmen, als in der großen deutschen, und daß sie, der national stark überreizten Atmosphäre Polens entsprechend, hier in gehässiger Weise verwertet und verallgemeinert werden. Diesem Zweck dienen Wort und Bild. Der „Lugodnit Illustrowany“ die größte illustrierte Zeitschrift Polens, zeigte z. B. in ihrer Nummer 2, die ich mir gleich nach meiner Ankunft in Warschau kaufte, die nackten Oberkörper dreier angeblich in Masuren von den Deutschen verprügelten Polen. Und ohne jeden anderen Anlaß, als die Lust zur Deutschenhege, brachte das selbe Blatt in derselben Nummer einen Artikel, der die bekannten Hegebilder Raemakers, aus der Kriegszeit, verherrlichte, und schmückte ihn mit sechs Illustrationen dieser Dokumente des Hasses.

Seit der polnischen Offensive in der Ukraine ist es in der Presse üblich, es als selbstverständlich darzustellen, daß die Rote Armee von Deutschland mit allen Mitteln, Material und Mannschaften unterstützt werde. Als dann die Gerüchte auftauchten, daß Litauen an der Seite Sowjetrußlands gegen Polen vorzugehen beabsichtige, meldete der polnische Presse sofort ein Kopenhagener Telegramm, daß auch diese Pläne der litauischen Regierung von Deutschland gefördert wurden. Deutschland liefere den Litauern, Waffen, Munition und Mannschaften und trachte über Litauen einen Kontakt mit Sowjetrußland herzustellen. Obgleich diese Meldungen selbst so phantastische Formen annehmen, wie die, daß deutsche Zeppeline angeblich fortgesetzt Polen überfliegen, um den Bolschewisten deutsche Generalstabsoffiziere zu bringen, so werden sie geglaubt und üben eine verhängnisvolle, vergiftende Wirkung. Selbst maßgebende polnische Politiker, mit denen ich gesprochen habe, zweifeln nicht daran, daß die Bolschewisten von Deutschland unterstützt würden, und waren allenfalls bereit, die Frage offen zu lassen, ob solche Unterstützung mit Wissen und Willen oder nur unter stillschweigender Duldung der deutschen Regierung geschehe!

Aus diesen Dingen geht hervor, daß man sich in Polen jeder feindseligen Gesinnung und Handlung von Seiten Deutschlands gewärtig hält. Dazu kommt, daß man Deutschland nach wie vor für stark genug hält, um gegebenenfalls eine unmittelbare militärische Gefahr für Polen darzustellen. Das hat sich in den Tagen des Kappischen Putsch gezeigt, wo sich der polnischen politischen Kreise, wie mir zuverlässig berichtet wurde, eine nicht geringe Aufregung bemächtigt hat. Man machte sich anscheinend schon auf einen deutschen Anmarsch gefaßt. Man scheint nämlich in Polen anzunehmen, Deutschland brauche nur zu wollen, um nach Osten hin eine gewaltsame Verletzung des Versailler Vertrages wagen zu können. Dementsprechend beobachten die Polen die innere Politik Deutschlands mit dem größten Mißtrauen und lebhafter Besorgnis. Sowohl von einer Entwicklung nach rechts, wie von einer solchen nach links versprechen sie sich nichts Gutes: in beiden Fällen, meinen sie, würde Deutschland mit der Sowjetregierung ein Bündnis gegen Polen abzuschließen suchen.

So erschweren von polnischer Seite Furcht, Abneigung und Mißtrauen jede Verständigung. Allein das hindert nicht, daß die gespannte polnisch-deutsche Situation und die Refraktarität der bisherigen Verhandlungen von polnischen

Politikern als höchst lästig empfunden werden. Es fehlt nicht an Leuten, die sagen, daß eine Annäherung an Deutschland, insbesondere eine wirtschaftliche Annäherung dringend erwünscht sei. Im polnischen Handelsministerium wurde mir der Wunsch ausgedrückt, mit Deutschland zu einem ähnlichen Kompensationsvertrage zu kommen, wie diejenigen sind, die Polen bereits mit der Tschechoslowakei und mit Deutschland abgeschlossen hat. Aber das Bedürfnis nach solcher wirtschaftlicher Annäherung bleibt mehr theoretisch, weil die Polen sich anscheinend nicht dazu entschließen können, eine Haltung einzunehmen, die in dieser Hinsicht zu praktischen Resultaten führen könnte. Bezeichnend erschien mir dafür eine Unterredung, in der ein dazu berufener Beamter des Ministeriums des Auswärtigen mir die grundsätzliche Stellung Polens zu Deutschland auseinandersetzte. Er erklärte, Polen würde bereit sein, über sämtliche wirtschaftlichen Fragen in entgegenkommender Weise mit Deutschland zu verhandeln; Voraussetzung aber sei dafür, daß man nicht mehr, wie bisher, das Bestreben Deutschlands spüre, eine Mißbräutig oder Abänderung des Versailler Vertrages zu erzielen: der Versailler Vertrag habe für Polen eine besondere Bedeutung, weil er die Existenz Polens staatsrechtlich begründe, und Polen könne daher in keiner Weise und in keinem Punkt an eine Revision dieses Vertrages denken! Ueber die Unfruchtbarkeit dieses Standpunkts konnte sich der betreffende Beamte indessen keinem Zweifel hingeben; denn er war sich wohl im klaren darüber, daß die deutsche Politik nicht umhin könne, eine friedliche Revision des Versailler Vertrages zu erstreben.

Sollten wir nun auf dieses wichtigste Ziel unserer auswärtigen Politik verzichten, lediglich für ein zunächst doch recht imaginäres Entgegenkommen, das Polen uns in wirtschaftlichen Fragen beweisen könnte? Meine Entgegnung, daß gewisse Polen und Deutschland betreffende Bestimmungen des Versailler Vertrages auf die Dauer zu unhaltbaren Zuständen führen müßten, daß sie für beide Teile unbefriedigend seien und daß daher früher oder später der Versuch gemacht werden sollte, die gesamten deutsch-polnischen Beziehungen in großem Stil und in vornehmlichem Geiste einer Revision zu unterziehen. — diese Entgegnung fiel hier, wie meist, zunächst auf steinigen Boden.

Zu einem ähnlichen Ergebnis führte eine Unterredung mit einem hohen Beamten des Handelsministeriums, der den Vorschlag machte, die politischen Fragen von den wirtschaftlichen zu trennen und vorerst nur in den letzteren eine Verständigung zu suchen. Der Verlauf der Unterredung, die uns zwang, immer wieder zum Politischen zurückzukehren, bewies sehr bald, daß die wirtschaftlichen und politischen Fragen viel zu eng miteinander verknüpft sind, als daß sie sich in dieser Weise voneinander trennen ließen. Diese Idee einer rein wirtschaftlichen Annäherung unter Ausschaltung der politischen Differenzpunkte touch: überhaupt in Gesprächen mit polnischen Politikern häufig auf. Aber es liegt auf der Hand, daß sie zwar im polnischen, aber keineswegs im deutschen Interesse liegt.

So erscheinen denn die Aussichten auf eine Behebung der zahlreichen und empfindlichen polnisch-deutschen Schwierigkeiten vorderhand nur gering. Allein die Nachbarschaft Polens und Deutschlands ist eine geographische Tatsache, die durch nichts beseitigt werden kann und nicht nur eine fortgesetzte Bedrohung für das friedliche Gedeihen der beiden Länder, sondern eine neue Weltgefahr bedeuten würde, wenn es nicht gelänge, nachbarschaftlich erträgliche Verhältnisse zwischen den beiden Staaten zu schaffen. Polen, dessen wirtschaftliche Schwierigkeiten hier neulich geschildert wurden, wird noch lange hinflehen, wenn es ihm nicht gelingt, deutsches Kapital und deutsche Arbeit ins Land zu ziehen und in lebendigen wirtschaftlichen Austausch mit Deutschland zu treten, wofür erträgliche politische Beziehungen die unerläßliche Bedingung sind. Auch seine schwierige internationale Lage wird es Polen mehr und mehr nahelegen, nach der einen oder anderen Seite Anlehnungen oder Ausgleichs zu suchen. Trotz aller Schwierigkeiten, mit denen der neue polnische Staat zu kämpfen hat, wäre es eine unbedachte Katastrophopolitik, nichts weiter zu tun, als auf seinen Untergang zu spekulieren oder zu warten. Es ist schwer, sich vorzustellen, was dann aufs neue an seine Stelle treten sollte. Der bespaltene Gegensatz zu Rußland und zu Deutschland wird auf die Dauer von Polen als unerträglich empfunden werden. Die russischen Emigranten in Warschau sind, wie neulich erwähnt, bemüht, den Boden für eine Verständigung mit Polen zu ebnen. Aber sie sind Emigranten, und wir sind Herren unseres Landes. Wenn wir diesen Vorsprung nutzen, so braucht uns dies noch nicht in einem Gegensatz zum künftigen Rußland zu drängen.

Ein Notzettel aus Pommerellen.

Königsberg, 19. Juli. Mehr als 1500 deutsche Arbeiter, die aus dem Soldauer Gebiet in den letzten Wochen flüchten mußten, um der rechtswidrigen Einziehung zum polnischen Heeresdienst zu entgehen, haben an den Oberpräsidenten die dringende Bitte gerichtet, alles daran zu setzen, um

Soldau und Umgebung, einen Teil des ehemaligen Kreises Neidenburg für Deutschland zu retten. In dem Gesuch heißt es: Im Kreise Neidenburg stimmten 98,5 Prozent für Deutschland. Das Soldauer Land ist noch heute nach dem Willen der Bevölkerung freideutsch und wird es bleiben. Wir werden uns nie dem polnischen Joch fügen. Helft uns, rettet uns aus unserer großen Not.

Deutsche Pietät gegen französische Kriegergräber.

Mainz, 19. Juli. Anlässlich einer von der französischen Kolonie von Mainz und Wiesbaden veranstalteten Gedächtnisfeier für die hier beerdigten französischen und deutschen Krieger, hielt der französische Oberst Menier eine Gedächtnisrede. In der nach dem „Echo de Rhin“ zum Schluß sagte: „Ich möchte nicht schließen, ohne nicht in Hochachtung der Pietät zu gedenken, mit der die deutschen Stadtverwaltungen die Gräber unserer französischen Soldaten instand halten. Ueberall, wo ich weilte, habe ich dieselbe Pflege und den gleichen Respekt vorgefunden.“

Trozkis läßt Deserteure erschließen.

Der Militärarat der Räterepublik hat eine von Trozkis unterzeichnete Lagesordnung veröffentlicht, welche Deserteure unter allen Umständen mit der Todesstrafe bedroht. Die Namen der erschossenen Deserteure, die Nummern ihrer Regimenter, die Namen und der Wohnort der Familien werden in dem Tagesbefehl der Armee bekanntgegeben. Künftig werden alle Personen, die ihren angewiesenen Posten verlassen haben, die ihre Waffen wegwerfen oder ihre Militäreffekten verkaufen, erschossen werden. Sämtliche Personen, die defätistische Propaganda betreiben oder den Rat zur Desertion geben, sowie zum Rückzug oder zur Nichterfüllung von Befehlen auffordern, werden ebenfalls erschossen. Der Militärarat der Räterepublik hat spezielle Anweisungen geschaffen, welche die Deserteure in der Front und in der Etappe zu verhaften haben. Diejenigen, die sich der Verhaftung widersetzen, werden ohne weiteres erschossen.

Der Militarismus zeigt überall das gleiche Gesicht, unter welchem Zeichen er auch stehen mag, ob er dem Monarchismus und Kapitalismus oder der Räterepublik dient. Die Kundgebung Trozkis wirkt übrigens auf die Stimmung in der russischen Armee kein gutes Licht. Sollte sie etwa mit dem Wunsche der Räterepublik nach Frieden in einem inneren Zusammenhang stehen?

Generallstreik in Böhmen.

Neidenburg (Böhmen), 19. Juli. In der Stadt und im Bezirk ist, wie bereits angekündigt, der Generallstreik proklamiert worden. Nur die Lebensmittelgeschäfte sind geöffnet. Die elektrische Straßenbahn hat den Verkehr eingestellt. Die Eisenbahnen werden heute vormittag darüber beschließen, ob sie sich dem Generallstreik anschließen sollen. Die Arbeiterschaft hat verschiedene Forderungen aufgestellt, darunter die auf Entsendung von Vertretern der verschiedenen Ministerien zu Verhandlungen mit der Arbeiterschaft über die Ernährungsfrage.

Log und Wilson.

Washington, 18. Juli. (Reuter.) Nach einer einständigen Konferenz mit dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Gouverneur Log erklärte Wilson, er habe erfahren, daß Log und er bezüglich des Völkerbundes die gleichen Ansichten hätten. Die Partei werde Log in voller Einigkeit bei seinem Kampfe für die Ehre der Nation und die Sicherung des Weltfriedens unterstützen.

Litauischer Unterricht in Memel.

Der Gouverneur von Memel hat angeordnet, daß der Religionsunterricht auf der Unterstufe in den Volksschulen den Kindern, deren Familiensprache die litauische ist, in der Muttersprache erteilt werden muß. Auf der Oberstufe sind die litauischen Kinder im Lesen und Schreiben ihrer Muttersprache zu unterrichten. Kinderbegabten Kindern dürfen die deutschen religiösen Lehrbücher gestrichelt werden.

Polnische Waffenfunde in Oberschlesien.

Nach einer Meldung der „Post. Ztg.“ aus Breslau gelang es der Sicherheitspolizei, mehrere polnische Waffenlager in Oberschlesien auszumachen. Es wurden zahlreiche Kurzwaffen, Schusswaffen, Sprengstoff und Nachschubgegenstände beschlagnahmt.

Gegen die schwarze Rheinlands-Schmach.

Der flammende Appell an das Gewissen der Kulturbilder gegen die Gewalttaten der schwarzen Besatzungstruppen im Rheinland, den der edle, ansehende C. D. Morel in die Welt hinausbrachte, hat am 11. Juli, wie wir bereits meldeten, auf dem Boden keinen Widerhall gefunden. Tausende von Männern und Frauen trugen in Saal und Tribüne der großen Berliner Universitätsaula, in der im Zusammenwirken mit der Rheinischen Frauenliga eine imposante Protestkundgebung von amerikanischer Seite gegen den „Blut Terror in Germania“ abgehalten wurde.

Als erster Redner wählte Edwin Emerson zunächst Mitteilung von zahlreichen Auserwählungen der Entrüstung gegen die Vorgänge im Rheinland aus der amerikanischen Presse. „Die Schmach ist“, sagte der Redner, „das, was im Rheinland geschicht, unelastisch geliebt. Jene tierischen Untaten sind selbstverständlich Verbrechen der einzelnen, aber auch Schuld des ganzen Systems. Der unfreiwillige Aufenthalt von 20-30 000 französischen Soldaten in Deutschland ist eine Schande für ganz Europa. Das wird sich noch furchtbarer an der ganzen weißen Rasse rächen. Die Vorgänge auf den Straßen der rheinischen Städte zeigen deutlich, daß sich die Franzosen um den Elend ihrer Mitmenschen nicht kümmern. Darin liegt für Amerikaner und für Deutsche das innerste Wesen der schwarzen Schmach.“ Danach sprach Miss Roy Pennington, die bekannte amerikanische Vorkämpferin für Deutschlands Recht, eine höchst temperamentsvolle Rednerin, auch durch ihre reizende, jugendliche Erscheinung die Zuhörerlichkeit sofort gefesselt nehmend. „Ich tadle“, führte sie aus, „alle heereichen Länder, daß sie nicht eingegriffen haben. Ich tadle meine Landsleute, daß sie nichts tun, um einen gerechten Frieden widerherzustellen, daß sie eure Frauen und Töchter den Schrecken überlassen. Ich tadle den Verrat an der weißen Menschheit. Ich tadle Wilson, der mit seinen 14 Punkten das gläubige deutsche Volk verführt und betrogen hat. Ohne die durch diesen Betrug veranlaßte Waffenstreckung wäre es unmöglich, daß heute schwarze Truppen Macht hätten über Deutschland. Derartiges kann auf immer der ganzen Welt die Welt Herrschaft entfesseln. Die Frauen der ganzen Welt müssen zusammenarbeiten, um die Frauen im besetzten Gebiet zu befreien. Ich appelliere an alle Frauen und Männer der ganzen Welt, die die Welt am Rhein, in der Pfalz und im Saargebiet auszurufen, wo kein weibliches Wesen mehr in Feid und Wald sich wagen kann.“

Der nächste Redner der amerikanischen Schriftstellerin H. G. Schellauer, stellte fest, daß die Amerikaner von den Franzosen bereits stark enttäuscht seien. Es gebe amerikanische Offiziere und Soldaten, die mit der Ansicht aus dem Kriege zurückkehrten, daß Amerikas Verbündete auf der verkehrten Seite des Rheins ständen. „England und Frankreich“, sagte er dann, „haben Verrat an der weißen Rasse begangen. Nicht zur Sicherheit der Franzosen stehen die Farbigen am Rhein, sondern zur Demütigung der Deutschen.“

Der Vorlesende verlas sodann folgendes aus London eingegangene Telegramm von C. D. Morel:

„An die Rheinische Frauenliga. Ich freue mich, von Ihrer hochschätzten Versammlung zu hören. Die Besetzung deutschen Gebietes durch afrikanische Truppen ist ein Verstoß gegen jedes anständige menschliche Empfinden. Es ist eine unerhörte Politik sowohl von dem Standpunkt der Bevölkerung dieser Gebiete als auch in Hinblick auf die Pflichten der zivilisierten Mächte gegenüber den Rassen Afrikas. Diejenigen, die für die Interessen der eingeborenen Rassen arbeiten, müssen ebenso laut dagegen protestieren, wie diejenigen, denen daran gelegen ist, eine Verbesserung der internationalen Völkerverständnis herbeizuführen. Derartige Soldaten sind unvermeidlich, wenn afrikanische Soldaten unter holländischen Frauen eingekerkert werden. Jeder Mensch mit gesundem Verstand weiß, welcher Art die Folgen sein müssen, ob nun Berichte über einzelne sexuelle Verbrechen veröffentlicht werden, oder nicht. Tatsächlich liegt eine Menge solcher Beweismaterials vor und das offizielle französische Censuramt ist vollständig unglaubwürdig.“

Unterstützt von der allgemeinen menschlichen Verbundenheit und von der unerschütterlichen Unverwundlichkeit aller afrikanischen Truppen in Kellern unterzubringen, geht in den besetzten Gebieten eine erschütternde Erniedrigung und Herabwürdigung der Frauen und Kinder vor sich. Dieser Zustand verleiht dem Protest aller Männer und Frauen jeder Nation und jeder Meinung und Gesinnung.“

Im weiteren Verlaufe der sich über mehrere Stunden erstreckenden Versammlung wurde beschlossen, einen Pamphletdruck

an alle Frauen der Welt zu erlassen, der folgenden Wortlaut hat: „Nach Anhörung entrüsteter amerikanischer und neutraler Stimmen über ungezügelt wüthendes Vorgehen gegen wehrlose Frauen in französisch besetzten Gebieten Deutschlands bitten versammelte Vertreter der führenden deutschen Frauenvereine ihre Mitbeweiser überall in der Welt um Mitgefühl und Einschüpfung ihres wüthlichen Einflusses gegen weitere Schändung deutscher Frauen in Rheinland.“

So redeten Amerikaner über die Schändung deutscher Frauen und Mädchen am Rhein. Die unabhängige Führerin Quise Fleig hatte in der Nationalversammlung aber selbst für diese Verbrechen an der Menschheits- und Frauenehre entschuldigendes Versehen.

Deutschland.

Amerikanische Rüge für Deutschland.

Der deutsche Geschichtsträger in London, Herr Schamer, hat am 16. Juli dem Vorsitzenden des Maritime Service folgende Note überliefert:

„Der deutsche Geschichtsträger beehrt sich, dem Herrn Vorsitzenden des Maritime Service of the Reparation Commission im Auftrag seiner Regierung mitzuteilen, daß die amerikanische gemeinnützige Gesellschaft American Dairy Cattle Company in Chicago dem deutschen Zentralkomitee für Auslandshilfe, Rotes Kreuz Berlin, mehrere tausend Milch Kühe, vermutlich einhunderttausend Stück, nebst nothigen Kraftfutter zur Verfügung gestellt hat, um die drängende Not der Milchverföhrung unterernährter deutscher Kinder, besonders für den kommenden Winter, zu mildern. Deutschland hat für den Transport der Milch Kühe, der, um Viehverluste zu vermeiden, bis zum Winter beenden sein muß, zu sorgen. Da die deutsche Regierung keinen geeigneten Schiffsraum zur Durchführung des amerikanischen Liebeswertes besitzt, bittet Herr Schamer den Herrn Vorsitzenden, zum Transport der Milch Kühe den erforderlichen Schiffsraum zur Verfügung stellen zu wollen. Da wegen der besonderen Eigenart des Transportes sich gewisse Einbauten auf den Schiffen erforderlich machen, wäre Herr Schamer dem Herrn Vorsitzenden dankbar, wenn er ihm baldigst einen Beschreib zukommen lassen würde.“

„Ist eine größere Not denkbar als die, aus der diese Bitte des deutschen Vertreters entspringt? Das Erbarmen Amerikas will den armen deutschen Kindern helfen. Aber das deutsche Volk hat keine Güter, um seinen Kindern die Gabe zu vermitteln.“

Gegen die radikale Herabwürdigung.

Von einem alten Parteigenossen wird der „Dresdner Volkszeitung“ geschrieben:

„In den Zeitungen lese ich, daß in Hannover Roste vor 1500 Betriebsräten, Obleitern und Gewerkschaftsvorständen einen Vortrag gehalten und großen Beifall gefunden hat. Das gibt den radikalen Blättern, die bei uns in den Fabriken gelesen werden, Veranlassung zum — Nachdenken. O nein! Nein, das gibt ihnen Veranlassung, den Vortrag eine Propaganda zu nennen, Roste als Sozialverräter zu beschimpfen und die 1500 Arbeiter, die ihm zugestimmt haben, als „ausgewählte“ Arbeiter zu verdächtigen. (So steht es in der mir übergebenen roten Fahne vom 13. Juli.)“

Wohlgemerkt: Es waren Arbeiter, in den Betrieben Hannovers tätige Arbeiter, die sich hier für Roste aussprachen, nicht die sogenannten „Führer“, die ja bei den Radikalisten ohne weiteres als verdächtig gelten. Weshalb aber werden nun auch diese Arbeiter beschimpft? Merkt man denn nicht vor lauter dämlicher Verbohrtheit gar nicht, wie sehr man sich mit einer solchen Taktik selber ins Gesicht schlägt? Sind denn Arbeiter, wenn sie Sozialdemokraten bleiben und nicht zum Spartakisten herabstinken wollen, mir nichts dir nichts Lumpenhunde? Wenn die Radikalen die Redaktoren der sozialdemokratischen Presse und andre Führer als Verräter beschimpfen, nun, so nimmt man des achselzuckend hin, weil man ja weiß, daß die Radikalen einzig und allein davon leben (von einem Kampf gegen die Reaktion merkt man bei ihnen nie etwas, weder in den Fabriken, noch in den Versammlungen oder in ihrer Presse; sie zetteln einzig und allein nur gegen uns!). Aber wenn diese Leute nun ihre Giftspitzer und Predschleudern auch schon gegen die Masse der Arbeiter probieren, ist es doch an der Zeit, den Arbeitern insurgen: Wollt ihr euch auch das ruhig gelassen lassen? Habt ihr nicht den Mut, euch gegen solche Blindwichtigkeit zur Wehr zu setzen? Wenn ihr schon ruhig zuzieht, daß man

täglich eure Führer mit Abeln von Unrat überhäutet — wollt ihr nun auch euch selber beschmutzen lassen? Wollt ihr euch nicht wenigstens das Recht sichern, eine politische Meinung nach eurem eigenen Gusto zu haben? Oder sollen die Terroristen nun sogar das Recht haben, auch jeden Arbeiter, der nicht nach ihrer bleichernen Pfeife tanzt, anzupöbeln?

Ich habe absichtlich deutlich gesprochen, damit die Arbeiter mich gut verstehen. Die von links nehmen ja schon lange kein Blatt vor den Mund. Man wird sich an die Erkenntnis gewöhnen müssen: Zwischen uns und den Radikalisten ist eine Kluft, die betrahe ebenso tief ist, als zwischen uns und Rapp-Büttwilt!

„Ich klage an!“

Grellings Warnung an die Unabhängigen.

Eduard Bernstein veröffentlicht im „Vorwärts“ einen Brief, den Dr. Grelling, der viel angefeindete Verfasser der Schrift „Yacuis“ („Ich klage an“) und Mitglied der U. S. P. an ein Mitglied seiner Partei geschrieben hat und in dem er an der Abstinenzpolitik der Unabhängigen scharfe Kritik übt. Der Brief ist am 17. Juni — also nach der Ablage Crippiens an Hermann Müller — in Florenz geschrieben. Es heißt darin:

„Ich muß offen bekennen, daß die augenblickliche Haltung der U. S. P. uns sozialistischen Parteigenossen hier im Auslande unverständlich, ja geradezu rätselhaft erscheint. Wenn infolge der Belagerung der U. S. P. eine rein bürgerliche Regierung zustande kommt, die gesammtenemassen weit nach rechts Anschlag suchen muß — wenn dadurch alle Erwerbschancen der Revolution, vor allem die Republik selbst, gefährdet, die Unruhe in Deutschland in Permanenz erklärt, das Mißtrauen des Auslandes aufs äußerste gesteigert, der wirtschaftliche Aufstieg auf unabsehbare Zeit gehemmt wird, — so wird wohl jeder dem neuen Deutschland wohlgesinnte Politiker im Ausland — und das sind hier die Vorkämpfer aller Parteien — die Schuld an solchen neuen Katastrophen ausschließlich der gänzlich verfehlten Politik der U. S. P. zuschreiben.“

Selbst in der Schweizer Sozialdemokratie, die doch zur dritten Internationale neige, werde diese Ansicht geteilt. In der augenblicklich so überaus schwierigen Lage Deutschlands könne man unmöglich alle sozialistischen Programmpunkte auf einmal und bis zum Letzten durchzuführen. Die Sozialisierung könne zunächst nur insoweit durchgeführt werden, als es nach Lage der Parteiverhältnisse, der wirtschaftlichen und außenpolitischen Situation zurzeit möglich sei. — Besonders auf diplomatischem Gebiet würde eine Beteiligung der U. S. P. an der Regierung große Vorteile mit sich bringen. Mit einem Schlage — das müßte ausdrücklich als Bedingung der Regierungsteilnahme gestellt werden — würden die alten monarchistischen Elemente aus dem auswärtigen Amt und dem Außenamt ausgeschaltet und das neue Deutschland auch durch neue Männer im Auslande vertreten werden. Welche ungeheuren Vorteile politischer und wirtschaftlicher Art für Deutschland aus solchem Personalwechsel erwachsen würden, kann nur der beurteilen, der — wie meine Wenigkeit — Gelegenheit gehabt hat, in Rom mit maßgebenden Mitgliedern des verflorenen Ministeriums in Gebanten Austausch zu treten.“

Unabhängige Prinzipien.

Herrn Wermuths Verdienste stellte die unabhängige „Freiheit“ ausdrücklich ins rechte Licht, indem sie schreibt:

Der jetzige Oberbürgermeister hat während seiner Amtsdauer bewiesen, daß er volles Verständnis für die Nothe der breiten Schichten der Bevölkerung hat. Mit rastloser Energie hat er insbesondere während des Krieges Uebermenschliches geleistet für die Lebensmittelversorgung Berlins. Er hat sich durch die Bekämpfung der reaktionären Elemente in der Berliner Stadtverordnetenversammlung den Hoch dieser Gesellschaft zugezogen, so daß die Herrschaften alles daran setzen, um Wermuths Wiederwahl zu verhindern. Diese Tatsache spricht für Wermuth. Weiße Kreise der Berliner Arbeiter sind mit den sozialdemokratischen Vertretern einig darin, daß Wermuth weiter sein Amt ausüben möge in alter Energie und Festigkeit zum Wohle der breiten Masse Groß-Berlins.

Damit ist Wermuths Qualifikation für die Unabhängigen Groß-Berlins erwiesen. Woran wir nie gezweifelt hätten. Man soll sich aber bei den Unabhängigen nicht immer so sehr auf die prinzipiellen Grundzüge berufen. Mit Bürgerlichen will man im Reiche nicht im Kabinett sitzen, aber ein bürgerliches Oberhaupt wählen sich die Radikalen der Radikalisten.

Die Verlobung in St. Domingo.

Geschichte von George S. ...

Die Vorgänge werden in aller der Mühen und Sorgen, indem sie es anstreben, mit der alten Liebe wieder zu werden. In dem Augenblicke, da die beiden Liebenden sich in der Hand ergreifen konnten, ...

von ihr geliebt wurde, nahm der Wert und ... Die Verlobung wurde ...

neuem geloben waren, brach der traurige Zug nach dem ... Herr Strömli, den Anaben Epply auf dem Arm, ging voran; ihm folgten die beiden ...

Amnestie und Volksfreiheit.

Der sozialdemokratische Amnestieentwurf im Volkstag.

Ein schwarz-blauer Bloch im Danziger Volkstage?

Der jungfräuliche Parlamentarismus des neuen Danzig ließ zunächst noch keine bestimmten Gruppierungen erkennen. Es war ja alles so „neu“ und so politisch noch genug war, konnte des schönen Scheins sein, daß hier harmonische Vollendung ihrer Verwirklichung zustrebe. Allein alle Märchen gelten nur für die Kinderzeit, nicht für den rauhen Ernst des Lebens. So hat es denn auch gar nicht lange gedauert und die alte Klassencheidung hat sich auch in der äußeren politischen Gruppierung des Danziger Volkstages mit aller wünschenswerten Klarheit durchgelehrt.

Seltam ist nur der Anlaß, bei dem sich diese Entwicklung durchsetzte. Gestern behandelte der Volkstag in zweiter Lesung die von der sozialdemokratischen Fraktion beantragte Amnestie. Das sich gerade hierbei die Geister scheiden könnten, war menschliches Versehen und gütige Nachsicht zuerst das Wort führen sollten, scheint schwer verständlich. Und doch prallten hierbei die Gegensätze hart aufeinander. Zum Schluß gab es gar einen Sturm parlamentarischer Erregung, in dem Schar herüber und hinüber geschossen wurde. Ausgelöst wurde diese Gegenfälligkeit noch dazu durch einen christlichen Arbeitervertreter, den Zentrumsabgeordneten Schümmer! Amnestie, Verzeihung für irrende und irrauschende Menschen und christlich ausgeföhrter Parlamentssturm! War all das Selbsttadel und Widerspruchspolke nur Zufall?!

Es war ganz selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Fraktion sich getrennt pflichtgemäß bemühte, die vom Rechtsausschuß des Volkstages bis zur Unwirksamkeit entstellte Amnestie so wiederherzustellen, wie sie sie ursprünglich beantragt hatte. Der Streit wogte am lebhaftesten um die Niedererschlagung schwebender Verfahren. Hier wollte die bürgerliche Mehrheit, vor allem das Zentrum, das sich mit Vorliebe christliche Volkspartei nennt, kein Entgegenkommen üben! Auch die eindrucksvollen Mahnungen des Genossen Dr. Bin g nügten gar nichts! Der § 1 des sozialdemokratischen Antrages fiel auch hier in namentlicher Abstimmung.

Jedoch erklärte sich nur eine geringe Mehrheit gegen ihn. 51 gegen 50 Stimmen, bei noch 2 Enthaltungen! Das Gewissen der Bürgerlichen war durch die Ausführungen der Verteidiger der Amnestie wenigstens so geschärft, daß Abg. Neumann von der „F. W. B.“ sich wenigstens das Verdienst erwarb, für rechtskräftig gewordene Strafen die Strafperiode von 1 Jahr, statt nur 6 Monaten, zu fordern. Mit großer Mehrheit wurde in dieser Hinsicht der sozialdemokratische Antrag wiederhergestellt! Das schien bei den Deutschnationalen großen Unmut zu erregen. Ihre sonst ausgezeichnete Abstimmungsregie klappte nicht bei der geheim vorgenommenen namentlichen Abstimmung. Nachdem die große Mehrheit zweimal die Erweiterung der Amnestie, entgegen den Ausschlußbeschlüssen, durchgesetzt hatte, beantragte Genosse Dr. Zint nur sinngemäß einen neuen § 3 a, der die Amnestierung auch der schwebenden Verfahren ausmücht. Unser Redner erklärte, daß die erste ablehnende Abstimmung offensichtlich irrtümlich erfolgt sei. Daher müsse die Gelegenheit zur Berichtigung gegeben werden. Lokalrat konnte unmöglich verfahren werden. Auch die Demokraten erklärten sich durch den Vorgesetzten J e w e l o w s k i für die Amnestierung der schwebenden Verfahren nach dem Antrage Dr. Zint. Auch die „F. W. B.“ war für diesen. Der deutschnationale Landgerichtsrat B u m l e protestierte schon stark gegen die formale Zulässigkeit des Antrages. In der dann — leider nicht ge-

heim und namentlich — ausgeführten Abstimmung fiel der Antrag! Das christliche Zentrum war es unter Führung des Herrn Schümmer, das den Deutschnationalen zu diesem Siege höchster Menschenfreundlichkeit verhalf. Trotz dieses schwarz-blauen Sieges erklärte Herr Schümmer unerschütterlich, daß der Antrag durch die bisherigen Beschlüsse bis zur Unanwendbarkeit unübersichtlich geworden sei. Deshalb beantragte er, die ganze Frage noch einmal an den Rechtsausschuß zu verweisen. Nun war es mit der Beherrschung der Demokraten, die eben noch so einsichtsvoll gestimmt hatten, ganz zu Ende. Nach vielem Zögern und Schwanken stimmten sie für den offenkundigen blauschwarzen Verschleppungsantrag! Trotzdem wurde er durch Hammelsprung mit 54 gegen 53 Stimmen abgelehnt. Dieser Mißerfolg ließ Herrn Schümmer alle Vorsicht vergessen. Mit würdevollem Pathos klagte er die Untreue der Verschleppung an. Wenn es so weiter gehe, drohe die große Gefahr, daß die Danziger Verfassung von anderer Seite oktroyiert und so die Bevölkerung durch die Schuld der Linken geteufelt und verflucht werde. Er, Schümmer, werde mit allen Mitteln verhindern, daß andere Arbeiten als die an der Verfassung und am Staatsvertrage mit Polen vorgenommen würden! Dieser Heberfall des Wortführers des schwarz-blauen Bloches fand von sozialdemokratischer und unabhängiger Seite — aber sonst von niemand! — die gebotene scharfe Zurückweisung. Genosse G e h i verbat sich die sachlich durch nichts gerechtfertigte Schümmererei Schümmerers. Er fügte hinzu, daß sich bei Beratung der Verfassung zeigen werde, wer durch seine Beschlüsse das Volk Danzigs knechten und verfluchen wolle. Das werde mit aller Deutlichkeit gegen jede Geschichtsflüchtigkeit festgestellt werden. Genosse Dr. Zint ist heute fest, daß der Verfassungsausschuß mit aller nur denkbaren Beschleunigung gearbeitet habe. Schümmer bestätigte darauf selbst, daß diese Angaben des Genossen Dr. Zint durchaus der Wahrheit entsprächen. Er dankte sodann dem Genossen Dr. Z. für seine persönliche Förderung der Arbeiten des Ausschusses! Der unabhängige Abg. R a h n stellte fest, daß Schümmer eine Äußerung von ihm als Erklärung der Absicht der Verschleppung mitgeteilt habe. Die Erklärung nur eine Kritik der reaktionären Verschlechterung der Verfassung durch die Schwarz-blauen gewesen sei!

So endete dieser gänzlich überraschend gefommene reaktionäre Vorstoß für seinen Urheber als blamable Niederlage! Aber die Maske ist gelüftet. Wir dank dem zentrumsdemokratischen Arbeitervertreter dankbar für einen solchen Aufwärtstritt, wenn er auch etwas zu früh Morgenluft gewittert hat! Soll der neue schwarz-blaue Bloch so weiter wirken?!

8. Plenarsitzung des Danziger Volkstages am 19. Juli 1920.

Den ersten Teil der gestrigen achten Sitzung des Volkstages bildete die dritte Lesung des Gesetzes über die Ordnung der Verwaltung. Hierzu wurden von den Unabhängigen mehrere Änderungsanträge gestellt. Die von den Abg. T r a p p e r und H a n n b e r g e r eichten. Dieser Antrag veranlaßt, daß die beiden Vizepräsidenten mit beratender Stimme an den Kommissionen teilnehmen dürfen wie es bei dem Präsidenten der Fall ist. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag, der die Besetzung der Kommissionen und Ausschüsse von den Mitgliedern des Volkstages der Zentrum- und Arbeiterpartei zu übertragen ist, wurde gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen und einiger bürgerlicher Vertreter abgelehnt. Mit großer Mehrheit wurde dann der ganzen Geschäftsordnung zugestimmt, die sofort in Kraft trat.

Die Dichtung vermittelt zu haben, wäre noch erhöht worden, wenn der „Wächter der Pandora“ der „Erdegeist“ vorausgegangen wäre: vielleicht sogar mit der ersten deutschen Kultur-Darstellerin Maria Orska. Auch wäre es zweckmäßig gewesen, in Form eines literarischen Vortragabend das Verständnis für die „Erdegeist“-Dichtungen zu fördern.

Die Aufführung unter Leitung von Hermann M e r z brachte nach der überhasteten Erprobung, nach einem blutarmen ersten und einem besseren, weil bewegteren, zweiten Akt sodann einen dritten von so hoher Meisterhaftigkeit in Bildkraft, Tempo und künstlerischer Geschlossenheit, daß man — und das will bei uns etwas heißen — das Theater völlig vergaß und unter der grauenhaften Trostlosigkeit der Situation wie in physischen Schmerzzustand verfiel wurde. Wie da der Regen durch das Dachfenster strömt und bei dem flackernden Kerzenlicht diese zerkörnten Eristergen ihr Zuhälter- und Firmendasein fristen, das war grandioses Wirklichkeit und der Schrei entweichten Menschentums.

Die Einzeldarstellung ging wenig über den Durchschnitt hinaus. Nicht die Sula für die Mizi B o h l i zu wenig animalische Blut gab, ist die Hauptfigur des Stückes, sondern die unglückliche Lebtierin G e s c h i e. In keinem dem Drama beigegebenen Vorwort legt sich Webedind mit dieser Figur beizumantel auseinander. Gertrud V e r d a u sollen einweisen nach die geistigen Kräfte, eine mit widerwärtigster Siebesleben geschlagene Frauenschar dieses Schlagel zu verkörpern. Nicht nur, daß sie den Hörer von Anfang an im Unklaren ließ über die schweren tragischen Kämpfe, die sich in ihr abspielten, sondern daß sie zu wenig die fast übermenschliche Opferfreudigkeit eben als Freudigkeit dieses Glück und Befriedigung ihrer Sinne gab, war der Mangel ihrer Gestaltung; dagegen sah sie im letzten Akt in ihrer Gedrohtheit und Vereinsamung große und erschütternde Edele; den heilig franken Alma Schön verdrängte G u g o S t e r n, der aber sorgloser sprach mit ionis glaubhaft. Aus der Reihe der Typen ragte der nur gar zu sehr polternde Aktist L e o p o l d s, sowie besonders der Mädchenhändler M a r F r i e d r i c h s und der Bauchschneidner G e o r g H a r d e r s bemerkenswert hervor. W i l l i b a l d O m a n o w s k i.

Die geistige Not.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein — die Wahrheit dieses Wortes wird uns gerade jetzt, wo das Brot von Tag zu Tag

Zur Beratung stand dann der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Erlass einer Amnestie für das Reichsgebiet. Der Rechtsausschuß hat sich in zwei Lesungen bereits mit dem sozialdemokratischen Antrag befaßt. Der Bericht der Kommission erörterte der Abg. Dr. P o m m e, wobei die Notwendigkeit einer Amnestie im gegenwärtigen Zeitpunkt für die Kommission verbleibender Meinung gewesen. Schließlich habe sich jedoch eine Mehrheit für den sozialdemokratischen Antrag gefunden, die jedoch den Umfang der Amnestie verringert habe. Während nach dem sozialdemokratischen Antrag Strafen bis zu einem Jahr befristet unter die Amnestie fallen sollten, hat der Rechtsausschuß 6 Monate als Höchstmaß angenommen.

Abg. Spiat (Zentrum) wies darauf hin, daß der Antrag eine Amnestie sehr viele Straftaten aus den Radierungen des Krieges heraus enthielt. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist allerdings für die Amnestie nicht geeignet. Ein Antrag wurde he erlassen der gegen unten Willen zum Vortr der Amnestie gemacht werden ist. Das entspricht nicht unserer Würde. Wenn der Reichstag erst erlassen und das Danziger Volk leuchtet ist. Sollte es aus eigener Machtvollkommenheit weitgehende Amnestie gewähren.

Abg. Dr. Wendt (Deutschnat.): Bei den Ausführungen des Zentrumsredners stimmen wir überein. Amnestien wurden bisher aus Anlaß von fremden Ereignissen erlassen; für uns Danziger liegt jedoch kein Grund zur Abreise vor. Da wir im Ausnahmefall überstimmt sind, werden wir für den Entwurf des Rechtsausschusses stimmen.

Abg. Förster (Dem.): Wir hatten eine Amnestie im gegenwärtigen Augenblick für angebracht. Die sozialdemokratischen Anträge erschienen uns jedoch zu weitgehend.

Abg. Dr. Neumann (F. W. B.): Die Bedenken, die von einzelnen Rednern gegen den Erlass der Amnestie im gegenwärtigen Zeitpunkt vorgetragen worden sind, treffen nicht zu. Die Amnestie geht von uns aus. Oberkommissar T o w e r würde nur den Stempel unter unsere Beschlüsse legen. Auch ist die Bildung des Reichstages Danzig ein freudiges Ereignis, weil unsere Lage sich nach dem Verfall unserer Kräfte bessern können. Der Krieg hat in vielen Beziehungen die menschlichen Beziehungen gegen die bösen Instinkte zerstört. Die Verbrechen menschlichen Verhältnisses bringen es mit sich, daß mancher Mord für sich und seine Angehörigen auf verbotenen Wegen sucht. Gewerkschaftliche Einbrecher müßten wir allerdings von der Amnestie ausgeschlossen wissen.

Die Verhandlung der sozialdemokratischen Vorlage.

Abg. Dr. Ling (Soz.): Als Mitglied des Rechtsausschusses muß ich mich ausdrücklich dagegen erklären, daß Kommissionenberichte veröffentlicht werden, ohne daß die Mitglieder gefragt worden sind. Die Debatten haben bewiesen, daß wir einander verbeizgesprächen haben, daß wir in zwei Welten leben, die sich nicht berühren. Die sozialdemokratische Vorlage ist im Reichstagsrat gänzlich verstanden worden. Nichts ist übrig geblieben, was wir erreichen wollten. Die bürgerlichen Parteien haben sich zu einem Bremsbloch zusammengeslossen. Mit ihrer Vorlage bieten sie dem Volke nur falsche Hoffnungen. Sonderbar beachtet es, daß die rechte Seite so oft betont, daß ein Amnestie und die Amnestie geben soll. Wo ist die große Geduld, die schamlose Archaerei mehr zu Hause gewesen als bei den Parteien der Rechten? Mit unserer Sozialdemokratie ist es nicht weit her. Wir sind nur ein Vorkriegsgegenstand in der Hand des Vorkriegslandes. Wenn Sie da noch selbst ein verständiges Parlamentarierverhalten bei uns verhindern, dann kann es nur schärfsten Kampf geben. Am Schluß hatten sich die Parteien der Mitte, insbesondere die Demokraten, gezeigt. Diese haben nicht das geringste soziale Verständnis bewiesen. Die Deutschnationalen waren wenigstens ehrlich, indem sie sich von vornherein gegen die Amnestie

betont wird, immer klarer. Die geistige Not ist fast noch bedrohlicher geworden; nicht nur der Notruf der deutschen Wissenschaft klingt vernehmlich an unser Ohr, wir leben vielmehr den Tag kommen, wo die geistige Ernährung aller Volksgenossen immer mehr eingeschränkt, ja geradezu unmöglich wird. Das Brot ist nach und nach so teuer geworden, daß gerade die großen Schichten der Kopf- und Handarbeiter nicht mehr in der Lage sind, die Kosten dafür aufzutreiben und wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird, so ist der Zeitpunkt nahe, wo der Besitz von Büchern ein kapitalistisches Vorrecht sein wird. Mit ein Symptom dieser Lage mag es erscheinen, wenn jetzt der berühmte Verlag Reclam die Pflicht in die Öffentlichkeit ergreift. Das Reclam-Buch, unsere geistige Kultur bedeutet, bedarf keiner näheren Erörterung. Es war in Deutschland der erste Verleger, der vor mehr als 100 Jahren den Jahreswert mit der Demokratisierung der Bücher in großen Stil Groß machte. Die 6000 Nummern Reclam haben eine Geistesmacht ersten Ranges, für das ganze deutsche Volk und für alle Kulturdeutschen. Das Zwanzigjährigkeitsfest man überall, im Besatz und in der Sölle. Während des Krieges begann die Preissteigerung auch für das Reclam-Buch: von 20 Pfg. stieg es auf 25 Pfg., dann auf 45 Pfg., und immer so weiter, bis es zu Anfang dieses Jahres auf 1,25 RM gestiegen war und nun auf 1,45 RM festgelegt ist! Wie aber der Verlag in einem solchen verhandlen, sehr lehrreichen Flugblatt nachzulesen, handelt es sich nicht um Bücher, sondern um eine unabweisliche Notwendigkeit. Das Reclam-Buch kostet jetzt das Siebenfache der ursprünglichen Preis, während die Herstellungskosten um mehr als das Zwölfwache gestiegen sind! Das ist nur möglich, weil nach Lagerverräte ausgleichend wirken, weil dem Verlag eine Druckerei, Buchbinder usw. zur Verfügung stehen, und weil von den ständig neu zu druckenden 6000 Nummern nur für einen Teil die Honorar-, Satz-, Korrektur- und Wartenkosten in Berechnung zu ziehen sind. Hören aber diese Momente in absehbarer Zeit zu werden auf, so müssen die Preise noch weiter steigen, und die Reclam-Bibliothek fällt der Verklammerung anheim. Ein geradezu unabweisbarer Verlust für unsere geistige Kultur! Denn um ein Wort nicht zu gebrauchen: Reclam bedeutet eine Station der Volksbildung auf der Erde. Nicht der Profitorientierte diese Reclam vor ganz besonderer Beachtung wert, und alle Instanzen, die hier in Betracht kommen, sollten ihr ernstliche Aufmerksamkeit zuwenden, bevor es zu spät ist und dieses unergiebige Unternehmense seiner eigentlichen Bestimmung entfremdet oder völlig in die Brüche gegangen ist.

Kunst und Wissen.

Zoppoter Stadttheater.

Frank Webedind: „Die Büchse der Pandora“.

Die griechische Sage erzählt uns, daß Zeus, im Zorn über den Feuerdieb Prometheus über die durch ihn beglückte Erde Jammer und Elend bringen wolle. Er ließ von Hephaest ein Weib bilden und sandte es mit einem Gefäß, darin alles verborgen war, was irdische Not und Qual umschließt, auf die Erde hinab. Prometheus Bruder, Epimetheus, nahm die schöne Pandora zum Weibe. Da öffnete sie das Gefäß des strafenden Göttervaters, und das Leid kam auf die Erde.

Schon durch Webedinds erstes Pandorastück „Erdegeist“ geht dieses leidbringende Weib, das schöne, milde, männermarckschende Tier; aber als Triumphator. Im zweiten wird es erlegt. Der Wächter der Pandora entzweigen all die widrigen Gese. Die Welt durchsetzen mit Pestilenz. Zulus Weg ist gezeichnet durch diese Schwaden einer kranken Grotte, in der sich alle austragen müssen, die sich in ihrem Samkreis befinden. Es gibt nichts, worer der Dichter hier zurückschreie. Alle Arrangen des Schicksalslebens zeigt er uns in erdarmungsloser Radtheit; was es an Wille, am Brutalem, Gemeinem gibt, wird hier vor unser Auge und Ohr geführt. Doch wie die dies geschieht, darauf kommt es an. Kommt es hier an! Und wer nicht die Sinne von Nebeln umwehlt hat, muß hinter all diesen bizarren Linien, hinter dem hohen Grinsen, hinter absondem Glottieren, hinter all den eckhaften Leersatungen Webedinds tieftraurige Folge sehen; muß hinter diesen Aussagen und Vorgängen die wahre Anlage hören. Georg Busse-Palma sagt es mit den Worten:

Durch des Lebens Ungeheuerlichkeit und durch Krankheit und Gemeinheit gehen die Wege zur Gesundheit, zur Erkenntnis und zur Reinheit.

Eine große Trauer liegt über dem Ganzen. Kein Licht erhellt die Düsternis. Wie für Pandora in ihrer Büchse die trügerische Hoffnung zurückbleibt, ist auch Zulus keine Erlösung beschieden, wird der Sehnsuchtsrauber keine Erlösung. Wollt wie ihr Leben, ist ihr...

Geht, wenn für das Verständnis des Werkes ist die Kenntnis des „Götter“ und das große Verdienst der Zoppoter Theater-

erklärten. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien hat uns gezeigt, daß man sich nicht verhalten hat oder verhalten will. Weibes in die die Freiheit anderer Verfassungen nicht von Glück. (Lebhaftes Bravo!)

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Hr. Schmitter (Ansbach): Die Bürgerlichen haben sich in den Kommunalparlamenten nicht dem mündlichen sondern nur dem schriftlichen Wort angeschlossen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen. Die Nationalversammlung hat sich nicht für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Das ist die neue politische Persönlichkeit die sich lang einstellt mit der Freiheit, die mit ihr und frei ist mit ihr. Und diese Persönlichkeit kann darum heute nimmermehr Freiheit genießen. Freiheit ist ein Schicksal, Freiheit heißt Zukunft.

Die Freiheit die die Vereinigung vom Kapitalismus bringt, wird die Welt der Freiheit sein, und darum kann kein anderer Lebenszustand in vollem Maße das Freiheitsgefühl bringen als der Kampf, der dieser Zukunft dient, der Kampf mit den Wölfen für diese werdende Herrschaft. Will und zu kämpfen für eine Vereinigung der Menschheit aus dem Kapitalismus heraus, das ist dem modernen Menschen das höchste Gut dieses ewigen Freiheitskampfes.

Eine obenverordnete Fahrt. Im Räder Kreis und Hermann Krause in Kassel und der Kaufmann Eugen Bloch in Danzig hatten sich bei der Strafkammer wegen einer etwas geheimnisvollen Sache zu verantworten, deren Inhalt nicht ganz klar ist.

Der Fall ist ein merkwürdiger. Der Kaufmann Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht. Der Herr Krause hat sich in Kassel ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Danzig gemacht. Der Herr Krause hat sich in Danzig ein Geschäft mit einem Herrn Krause in Kassel gemacht.

Empfang genommen und zwar wurde er von der Eisenbahnerverwaltung freiwillig herausgegeben. Diese Herausgabe geschah auf Grund einer Täuschung durch die gefälschten Geschäftsbriefe. Es konnte also Betrug und für die Abnehmer der Gerüge nicht Schererei, sondern Mißwirtschaft in Frage. Das Urteil der Strafkammer wird aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung und Feststellung der Tatsachen an die Strafkammer zurückverwiesen. Die Aufhebung dieses Urteils bezieht sich nicht nur auf die 4 Angeklagten, die Revision eingeleitet hatten, sondern auf alle 12 Angeklagten. Ueber sie alle soll anderweitig entschieden werden.

Vertliche Parteinachrichten.

Letzter Abend des 9. Bezirks. Am Donnerstag, den 21. Juli, abends 7 Uhr, veranstaltete der 9. Bezirk im „Blauen Lammchen“ am Heumarkt 10 einen Letzteren Abend.

Der Schauspieler Hans Hansen wird Gedichte aus den Werken unserer Dichter und Dichter zum Vortrag bringen. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Frauen, Freunde und Bekannte sind mitzubringen.

Aus dem Freistadtbezirk.

Altes Verteilung von Zwieback an Kinder. Im Kinder im Alter von 6 Monaten bis zum 2. Lebensjahre wird von Dienstag, den 20. d. Mts. ab in der Bäckerei Lamed in Fa. Nebel, Danziger Straße 3, Zwieback verkauft. Jedes Kind erhält gegen Abgabe von 500 Gramm Brotmarken 500 Gramm Zwieback. Der Kleinverkaufspreis beträgt 50 Pf. für 125 Gramm Zwieback. Beim Verkauf der Ware ist der Taufbezug, Geburtschein und der Lebensmittelausweis vorzulegen.

Waldfest der Kriegsbeschädigten in Wiesenthal. Die Ortsgruppe Wiesenthal (Danziger Höhe) des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten hat am Sonntag, den 18. Juli, ein Waldfest veranstaltet, das leider vom Wetter wenig begünstigt war. Zahlreiche Kriegsheldinnen wollten keine rechte Zustimmung auskommen lassen. Um dem Wettergott ein Schnippen zu schlagen, entschloß man sich, unter Vorantritt der Musikkapelle nach dem nahegelegenen Brauchschütz zu wandern und in dem Lokal des Herrn Schabach das Fest fortzusetzen. Die nun eintretende, teilweise bedingungslose Hilfe in den ziemlich ausgedehnten Räumlichkeiten bewies, daß die Festleitung das Richtige getroffen hatte; die Veranstaltung kann demnach als gelungen bezeichnet werden und dürfte dem Reichsbund zahlreiche neue Anhänger zuführen.

Aus dem deutschen Osten.

Polen und die Abstimmung im Osten.

Den „B. B. N.“ wird geschrieben: Die polnische Presse behauptet in ihrer Belpredung der ost- und westpreussischen Abstimmungsergebnisse, es handele sich gar nicht um eine Niederlage des Polentums, die Polen hätten in Wahrheit sich nur der Abstimmung enthalten. Zugleich wird von Warschau ein offizieller polnischer Protest angekündigt mit der Begründung, der Erfolg der Abstimmung vom 11. Juli sei nur den massenhaften aus Deutschland herangeführten Abstimmungsberechtigten zu danken; zudem hätten zahlreiche Männer und Frauen abgestimmt, die dazu nicht berechtigt gewesen seien, wie denn der polnische Teil der Bevölkerung auch sonst durch deutschen „Terror“ vergewaltigt und an der Ausübung seiner Rechte behindert worden sei. Die Anschulbigung des Terrors zu widerlegen erübrigt sich gerade den Polen gegenüber, die keine Mittel der Agitation, auch nicht die Mittel der brutalsten handgreiflichen Gewalt unbenutzt gelassen haben und die vor allen Dingen durch schändliche Maßnahmen den ganzen Verkehr nach und von Ostpreußen vor und während der Abstimmung systematisch zu stören und zu unterbinden versucht haben. Der Vorwurf der Fälschung des Wahlergebnisses durch die Abstimmung Nichtberechtigter würde die Interalliierte Kommission und die bekanntlich paritätisch aus Deutschen und Polen zusammengesetzte Abstimmungskommission treffen, ist aber gleichfalls unbegründet und töricht. Aber auch von einer Stimmenthaltung der Polen kann keine Rede sein, die Zahl der ostpreussischen Abstimmungsberechtigten, die in den Listen verzeichnet waren, betrug 420 000, abgestimmt haben nur 363 000, also 87,4 Prozent. Von den außerhalb des Abstimmungsgebietes wohnenden Abstimmungsberechtigten, die schätzungsweise mit 160 000 Menschen angenommen werden dürfen, haben infolge der erschwerenden Verkehrserschwernisse nur 120 000 bis 130 000 herangekohlt werden können. Mitin waren mindestens 30 000 bis 40 000 Abstimmungsberechtigte an der Ausübung ihres Rechtes verhindert. Sie hinzugegerechnet würdigen also nur höchstens 25 000 Mann an der Urne gestimmt haben und die Abstimmungsbeteiligung hätte auf mehr als 95 Prozent gesteigert werden können. Daß von polnischer Seite alles an die Wahlurne herangeholt ist, läßt sich für den Kreis Allenstein besonders gut nachweisen. Der Polnische Volksverein des Kreises Allenstein, der fast alle Polnischgesinnten erfaßte, hat 4200 einact-agene Mitglieder. Im Allenstein-Stadt und Land sind 4765 Stimmen abgegeben. Diese Ziffern beweisen wohl genug. Zu alledem kommt aber die Tatsache, daß am 5. Juli in Allenstein eine Verammlung der Polenführer stattgefunden hat, in der ausdrücklich die Parole ausgegeben wurde, auf jeden Fall alles, was irgendwie polnisch gesinnt sei, an die Abstimmungsurne heranzubringen. Die Zahlen und Verhältnisse im westpreussischen Abstimmungsgebiete, wo die Abstimmungsbeteiligung noch nicht endgültig festgestellt ist, liegen ganz ähnlich wie in Ostpreußen. Die polnischen Behauptungen, die zur Begründung des Protestes dienen sollen, sind also mit leichter Mühe zu widerlegen.

Bücherverwart.

Die neueste Nummer der Heimat, Verbandsorgan des Ostdeutschen Heimatdienstes und der Heimatvereine, Hauptausgeber Dr. Fritz Storzowne ist am 17. Juli im Heimatverlage zu Königsberg i. Pr. erschienen. Markige Beiträge verdienen des umfassenen Bereichs am Abstimmungsstaae. Dr. J. Storzowne schreibt über die „Gemeinbewegung“, Dr. Mantowski, Landrat in einem von Frauen geleiteten Schicksal aus der Gegenwart. Ein von Fritz Storzowne und Epa, Edmund Scharem knüpft an „Lammberg“ eine längere Schilderung und Mahnung und Otto Freyer, Stollupener tritt Gedenkworte im Konfessioneller Schreiber mit. Aus dem hinteren Schafe von Robert Johannes lesen wir: „Die unsterbliche Seele“ mit Vergnügen. Die politische Heberficht und Mitteilungen aus dem Heimatdienstes erregen den Inhalt dieser Nummer, die täglich ausgehändigt zum Kreis von 40 Heften enthält.

Danziger Nachrichten.

Freiheit.

Der Nationalverein hat sich die Freiheit der Presse als sein wichtigstes Ziel gesetzt. Die Freiheit der Presse ist die Voraussetzung für die Freiheit der Meinungen. Die Freiheit der Presse ist die Voraussetzung für die Freiheit der Meinungen. Die Freiheit der Presse ist die Voraussetzung für die Freiheit der Meinungen.

Die Freiheit der Presse ist die Voraussetzung für die Freiheit der Meinungen. Die Freiheit der Presse ist die Voraussetzung für die Freiheit der Meinungen. Die Freiheit der Presse ist die Voraussetzung für die Freiheit der Meinungen.

Sommerliche Mittagsstunde.

Ganz still ist es. Die Sonne brennt. Ueber die StraÙe...

Und die Luft der Mittagsstunde wachst. Ueber die...

In diesen Lichtqualm hinein dampft aus den Kesseln...

Unabhängig von der Wahrheit

bleibt auch das zugunsten des Herrn Stadtrat Raube...

Am Freitag kündigte das Blatt selbst wieder einen...

Trotzdem hat das „F. W.“ nicht ohne Grund wieder...

Dieser Schwandel nimmt uns ja bei dem „F. W.“...

Mit dieser Verachtung der Wahrheit ist es nicht...

Danziger sibirische Kriegsgefangene.

Der Magistrat hat sich bemüht, die Entente in einem...

Botschafterkonferenz.

Durch Schreiben vom 12. Februar haben Sie mir die...

So etwas vom Geiste, der in Spa distillierte, weht...

Die Aufgaben des Versorgungsamtes.

Durch Verfügung des Reichsarbeitsministeriums führt...

Im Publikum, vielfach sogar bei Behörden, herrscht...

Die Auffassung, daß diese Versorgungsbehörden mit...

Beide Behörden bearbeiten hauptsächlich lediglich die...

Die bei den Behörden tätigen Beamten sind deutsche...

Seit dem 1. April ist dem Hauptversorgungsamt die...

Schließender Hausquartier.

Herr Stelaff in Besitz des Hauses Große Schmalzengasse...

Das Verfahren ist eingestellt. Es kann allerdings werden...

Der Staranwalt des Staatsanwalts ist höchst eigenartig...

Aufklärung! Wo steht der Käse?

In dieser „eigenen“ Art war in unserer gestrigen...

Paris, den 8. April 20.

Die letzten halbfetten Käse zum gewöhnlichen Höchst...

Dampferarten-Verkauf für die Weichsel-Gesellschaft.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir darauf hin, daß dort...

Neue bevorstehende Danzig-Bohnen. Bis einschließlich 5. August...

Die Provinzialstelle zur Förderung des bürgerlichen...

Neue Marken mit dem Ausdruck „Danzig“. Im Laufe der...

Neue polnische Zensur. Die polnische Regierung hat vom...

Preise für Schlachtwiech. Die Rationierungskommission...

Standesamt vom 20. Juli 1920.

Todesfälle: Sohn des Arbeiters Friedrich Brandt...

Versteigerungen vom 20. Juli 1920. Festgenommen: 2 Personen...

Wasserstandsberichte am 20. Juli 1920.

Table with 3 columns: Station, Gestern, Heute. Includes locations like Jostau, Marihan, Schönau, etc.

Letzte Nachrichten.

Explosionskatastrophe in Ludwigsbafen.

Ludwigsbafen, 19. Juli. (W. I. B.) Durch die ungeheure...

